

Rüsselsheim, den 19.05.2021

## NIEDERSCHRIFT

der konstituierenden öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom Montag, den 17.05.2021 um 18:00 Uhr

„A“

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung durch den Stadtverordnetenvorsteher und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Stadtv.Vorsteher Grode eröffnet die konstituierende Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und stellt fest, dass

a) die Einladung vom 10.05.2021 rechtzeitig digital zugegangen ist

und

b) der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist.

### **TOP 2 Wahl einer Ausschussvorsitzenden / eines Ausschussvorsitzenden**

Entsprechend der Empfehlung des Ältestenrates wird der Stadtverordnetenvorsteher einstimmig zum Ausschussvorsitzenden gewählt.

### **TOP 3 Wahl einer stellvertretenden Ausschussvorsitzenden / eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden**

Die Wahl einer/eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden wird auf die nächste Beratungsrunde verschoben.

### **TOP 4 Wahl einer Schriftführerin / eines Schriftführers**

Der Vorsitzende schlägt Herrn Patrick Trappel als Schriftführer vor. Die Wahl erfolgt einstimmig.

### **TOP 5 Wahl einer stellvertretenden Schriftführerin / eines stellvertretenden Schriftführers**

Der Vorsitzende schlägt Herrn Dieter Becker als stellvertretenden Schriftführer vor. Die Wahl erfolgt einstimmig.

**TOP 6      Neue Internetseite der Stadt Rüsselsheim am Main**  
**Bezug: DS 575/16-21 Neue Internetseite [www.ruesselsheim.de](http://www.ruesselsheim.de) /**  
**[www.stadt-ruesselsheim.de](http://www.stadt-ruesselsheim.de);**  
**DS 487/16-21 E-Government und Digitalisierung;**  
**DS 754/16-21 Zwischenbericht zur neuen Internetseite [www.ruesselsheim.de](http://www.ruesselsheim.de) /**  
**[www.stadt-ruesselsheim.de](http://www.stadt-ruesselsheim.de)**  
**DS-Nr. 825/16-21**

Der Vorsitzende verweist auf den kurzfristig eingereichten Antrag der FDP-Fraktion, der daraufhin verlesen wird. Da diesbezüglich noch Diskussionsbedarf besteht, wird dem Vorschlag des Vorsitzenden, die Abstimmung über die Vorlage in die Stadtverordnetenversammlung zu verschieben, entsprochen.

**TOP 7      7. Zwischenbericht zum Sachstand der interkommunalen Zusammenarbeit im**  
**Kreis Groß-Gerau**  
**Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme**  
**DS-Nr. 832/16-21**

Der Vorsitzende verweist auf einen Antrag der FDP-Fraktion. Seinem Vorschlag entsprechend soll über diesen Antrag erst in der Stadtverordnetenversammlung abgestimmt werden. Im Übrigen wird der Bericht wie folgt zur Kenntnis genommen:

**I.      Kenntnisnahme**

Der 7. Zwischenbericht zum kreisweiten Prozess der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau, Stand Oktober 2020 (Anlage) wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 8      Situationsbericht Feuerwehr**  
**Bedarfs- und Entwicklungsplan 2018**  
**Bezug: Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme**  
**DS-Nr. DS-9/21-26**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Situationsbericht Feuerwehr zur Kenntnis.

**TOP 9      Finanzbericht 2020**  
**Bericht des Magistrates zur Kenntnisnahme**  
**DS-Nr. DS-4/21-26**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Finanzbericht 2020 wie folgt zur Kenntnis zu nehmen:

**I.      Kenntnisnahme**

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt dem Finanzbericht 2020 zur Kenntnis.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt weiterhin zur Kenntnis,
  - dass nach dem derzeitigen Erkenntnisstand der Ergebnishaushalt mit einem Überschuss von 0,8 Mio. € im ordentlichen Ergebnis abschließen wird.
  - dass die Regelungen zum Kommunalen Schutzschirm für alle Kommunen coronabedingt zum 31.12.2019 aufgehoben wurden und keine Rückabwicklung erfolgt, auch wenn eine vollständige vertragsgemäße Umsetzung noch nicht erreicht wurde.
  - dass das liquiditätswirksame Ergebnis einen Überschuss von 9 Mio. € aufweist und damit

die ordentliche Tilgung in Höhe von 7,5 Mio. € ohne die Aufnahme neuer Liquiditätskredite finanziert werden kann.

**TOP 10 Vereinssicherungskonzept und Soforthilfefonds**  
**Bezug: Haushaltsanträge Nr. 26 und Nr. 3 der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FW/FNR vom 16.11.2020**  
**DS-Nr. DS-14/21-26**

Der Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

**Kenntnisnahme**

- Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Maßnahmen zur Vereinssicherung zur Kenntnis.
- Die Stadtverordnetenversammlung nimmt weiterhin zur Kenntnis, dass für die beschriebenen Maßnahmen unter dem Sachkonto 7128904 - Vereinssicherung (Corona-Pandemie) - 200.000 Euro sowie unter 7128905 - Corona Hilfsfonds - 50.000 Euro zur Verfügung stehen.

**Beschlussvorschlag**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt

- die Aufteilung und Vergabe der zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von insgesamt 250.000 Euro gemäß „G. Lösungsvorschlag“ und „H. Umsetzung“
- dass die Anträge Nr. 26 und Nr. 3 der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FW/FNR vom 16.11.2020 für erledigt erklärt werden.

**TOP 11 Unterzeichnung des ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) Städteappells für den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen**  
**DS-Nr. DS-5/21-26**

Der Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig bei 3 Stimm-Enthaltungen empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

**A. Kenntnisnahme**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass am 22.01.2021 der Vertrag zum Verbot von Atomwaffen in Kraft tritt. Sie nimmt weiterhin zur Kenntnis, dass die Stadt Rüsselsheim am Main Mitglied der Vereinigung Mayors for Peace ist, die sich für die Unterzeichnung des ICAN (*International Campaign to Abolish Nuclear Weapons*) Städteappells einsetzt. Mit der Unterzeichnung des ICAN-Städteappells in Verbindung mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Atomwaffenverbotsvertrags wird ein Zeichen gesetzt.

**B. Beschlussvorschlag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Rüsselsheim am Main begrüßt das Engagement des 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Bündnisses ICAN (*International Campaign to Abolish Nuclear Weapons*) und unterzeichnet den Städte-Appell der deutschen ICAN-Sektion, der wie folgt lautet:  
*„Die Stadt Rüsselsheim am Main ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner\*innen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und langanhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher*

*begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“*

2. Der Text des Appells wird auf geeignete Weise und gut sichtbar auf der Internetseite der Stadt Rüsselsheim am Main veröffentlicht.
3. Die Stadt Rüsselsheim am Main kommuniziert ihre Unterstützung dieses Appells aktiv im Netzwerk ihrer Städtepartnerschaften sowie innerhalb des Hessischen Städtetages und wirbt um eine Unterstützung des ICAN-Städte-Appells.

**TOP 12      Wohnungswesen - Investitionszuschuss, Abriss ehemaliges  
Karstadtgebäude - Investitionsnummer 056200 AC / Aufhebung einer  
Haushaltssperre  
DS-Nr. DS-11/21-26**

Der Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig bei 7 Stimm-Enthaltungen empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen und dem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

**Kenntnisnahme**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass der gewobau, Gesellschaft für Wohnen und Bauen Rüsselsheim mbH, erhebliche Mehrkosten beim Abriss des ehemaligen Karstadt-Gebäudes entstanden sind und diese Mehrkosten zum Haushaltsplan 2020 angemeldet wurden. (siehe Anlage)

**Beschlussvorschlag**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die unter der Investitionsnummer 056200 AC Wohnungswesen - Investitionszuschuss, Abriss ehemaliges Karstadtgebäude gesperrten Mittel in Höhe von 850.000,00 Euro zu entsperren.

**TOP 13      Geltungsbereich der bundesrechtlichen Mieterschutzvorschriften  
(Mieterschutzverordnung)  
Bericht des Magistrates zur Kenntnisnahme  
DS-Nr. 835/16-21**

Die Stadtv. Steinborn beantragt die Ergänzung um folgenden Beschlussvorschlag:

„Der Magistrat wird beauftragt, erneut mit dem Interessenverband Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümerversammlung Rüsselsheim und Umgebung e.V. sowie dem Mieterbund Rüsselsheim e.V. in Gespräche über die Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels einzutreten. Nach Abschluss der Gespräche wird die Stadtverordnetenversammlung im Rahmen einer Beschlussvorlage über die Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels mit der Thematik befasst.“

Der Stadtv. Walczuch verweist auf einen im Geschäftsgang befindlichen Antrag der WsR-Fraktion zur DS.

Der Stadtv. Metz meldet daraufhin noch Beratungsbedarf an. Dementsprechend wird die Abstimmung über die Anträge in die Stadtverordnetenversammlung verschoben.

**TOP 14      Ausbau der Schulsozialarbeit der Stadt Rüsselsheim am Main in Angleichung an die Standards des Kreises Groß-Gerau  
Antrag Nr. 76 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.07.2020 – Schulsozialarbeit  
Antrag Nr. 15 des Jugendhilfeausschusses vom 25.01.2018 zum Haushalt 2018 – Schulsozialarbeit an Gymnasien  
DS-Nr. 838/16-21**

Der Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

**A. Kenntnisnahme**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. seit 2003 Schulsozialarbeit an SEK I – Schulen der Stadt Rüsselsheim am Main zunächst in Trägerschaft der AVM gGmbH kontinuierlich ausgebaut, seit 2016 an die Veränderungen der Schullandschaft angepasst wurde und seit der Übernahme in städtische Trägerschaft im Jahr 2018 mit 7,8 Stellen an allen SEK I – Schulen zur Verfügung steht.
2. seit 2012 Schulsozialarbeit an Grundschulen und der Förderschule Borngrabenschule der Stadt Rüsselsheim am Main stufenweise ausgebaut wurde und seit 2015 je eine halbe Stelle/Grundschule und 0,41 Stelle an der Borngrabenschule zur Verfügung stehen.
3. der Kreis Groß-Gerau eine Ausweitung der Schulsozialarbeit beschlossen hat, bei der sich die Personalbemessung an den Schüler\*innenzahlen ausrichtet und an den Gymnasien eingeführt werden soll.  
(Personalbemessung: an Grund-, Förder- und SEK I –Schulen je 1 VZ-Stelle pro 300 Schüler\*innen, an Gymnasien je 1 VZ-Stelle pro 500 Schüler\*innen; Anpassung der erforderlichen Stellen der Verwaltung und des Sachmittelbudgets)

**C. Beschlussvorschlag**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. dass sich die Personalbemessung für Schulsozialarbeit an den Schulen der Stadt Rüsselsheim am Main zukünftig an den Schüler\*innenzahlen ausrichtet (Anlage 1).
2. dass diese Anpassung der Personalbemessung in Stufen erfolgen soll (Anlage 2):  
Stufe 1: ab dem Haushaltsjahr 2022 Schaffung von 6,59 Vollzeitstellen für Schulsozialarbeit an Grund- und Förderschulen; jährliche Personalkosten in Höhe von 456.694 €; Kostenstelle: 030729320 (Anlage 3)  
Stufe 2: ab dem Haushaltsjahr 2023 Schaffung von 4,42 Schulsozialarbeiter\*innenstellen an den Gesamtschulen und Gymnasien; jährliche Personalkosten in Höhe von 306.310 €
3. dass entsprechend Sachmittel eingestellt werden sollen (Anlage 3):  
Stufe 1: ab dem Haushaltsjahr 2022 jährlich 16.475 € sowie einmalig 31.500 €  
Stufe 2: ab dem Haushaltsjahr 2023 jährlich 11.050 € sowie einmalig 21.000 €
4. dass ab dem Haushaltsjahr 2022 eine Stelle für die Fachkoordination und eine Stelle für die Sachbearbeitung geschaffen (jährliche Personalkosten in Höhe von 138.146 €) und Beschäftigungsentgelte für 9 Monate in 2022 für die Stelle der Fachkoordination in Höhe von 61.850 € in den Haushalt 2022 eingestellt werden sollen.
5. dass der Antrag Nr. 76 aus 2020 (Anlage 4) und der Antrag des Jugendhilfeausschusses Nr. 15 (Anlage 5) aus 2018 hiermit für erledigt erklärt werden.

**TOP 15      Umsetzung des Radverkehrskonzepts der Stadt Rüsselsheim am Main  
DS-Nr. 839/16-21**

Der Stadtv. Schneckenberger fordert die Verwaltung auf, die im Geschäftsgang befindlichen Anträge zur Thematik der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung vorzulegen.  
Herr Stadtrat Kraft sagt diesbezüglich eine entsprechende Berücksichtigung zu.

Bzgl. der Anfrage der Stadtv. Kropp nach der Beantragung der Fördermittel sagt Herr Stadtrat Kraft eine Beantwortung zu.

Die Stadtv. Steinborn vcrweist auf die digitale Informationsveranstaltung zur Umsetzung des Radverkehrskonzepts am 128.05.2021.

Die Vorlage wird im Übrigen in 1. Lesung beraten.

**TOP 16 Begrünung von Dächern der Bushaltestellen in Rüsselsheim a.M.  
Bezug: Antrag Nr. 67 der CDU-Fraktion vom 15.10.2019  
DS-Nr. 819/16-21**

Der Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

**A. Kenntnisnahme**

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass die Begrünung von Dachflächen der Wartehallen an Bushaltestellen aus statischen Gründen generell nur beim Neubau von Wartehallen mit Flachdach möglich ist.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass für den Ausbau mit Begrünung der Dachflächen Mehrkosten von 20- 30 Prozent gegenüber Wartehallen ohne Dachbegrünung zu erwarten sind. Weitere Kosten sind ggf. für Grünpflege und Instandhaltung zu berücksichtigen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass durch die Richtlinie des Landes Hessen zur Förderung von kommunalen Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekten sowie von kommunalen Informationsinitiativen eine Förderung zur Begrünung von Dachflächen im öffentlichen Raum möglich ist.

**B. Beschlussvorschlag**

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, im Zuge der barrierefreien Umbauten von Bushaltestellen die Begrünung der Dächer der vorgesehenen Wartehäuschen in die Planung einzubeziehen und diese umzusetzen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, für die Deckung von Mehrkosten gegenüber herkömmlicher Dächer die vom Land Hessen bereitgestellten Fördermittel in Anspruch zu nehmen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Antrag Nr. 67 der CDU-Fraktion vom 15.10.2019 für erledigt zu erklären.

**TOP 17 Richtlinien der jährlichen Sportler\*innenehrung aktualisieren  
Bezug: Antrag Nr. 35 der SPD-Fraktion vom 18.09.2018 sowie  
Haushaltsbegleit Antrag Nr. 33 der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen,  
Die Linke/Liste Solidarität, FWR/FNR vom 5.2.2019  
DS-Nr. DS-17/21-26**

Der Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

**Kenntnisnahme**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die bestehenden und neuen Richtlinien zur Sportler\*innenehrung der Stadt Rüsselsheim am Main sowie deren Veränderung zur Kenntnis (Anlagen 1 und 2)

**Beschlussvorschlag**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt

- das Inkrafttreten der Richtlinien für die Sportler\*innenehrung der Stadt Rüsselsheim am Main zum 01.09.2021.
- dass mit dem Inkrafttreten der Ehrungsrichtlinien zum 01.09.2021 die bisherigen Bestimmungen für die Ehrung sportlicher Erfolge außer Kraft gesetzt werden.
- dass die Anträge Nr. 35 der SPD-Fraktion vom 18.09.2018 und Nr. 33 der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität, FWR/FNR vom 5.2.2019 für erledigt erklärt werden.

## **TOP 18      Anfragen und Mitteilungen**

Als Vorsitzender des Wahlprüfungsausschusses gibt dfer Stadtv. Metz einen kurzen Bericht zum Stand des aktuellen Verfahrens.

Angesichts antisemitischer Äußerungen im Rahmen von propalästinensischen Demonstrationen vor dem Hintergrund der derzeitigen Lage in Nahost fordert der Stadtv. Metz den Antisemitismusbeauftragten des Landes Hessen Uwe Becker zu entsprechenden Gegenkundgebungen auf und fragt nach einer diesbezüglichen Stellungnahme des Magistrates. Der Oberbürgermeister teilt mit, dies in der nächsten Magistratssitzung thematisieren zu wollen.

Der Stadtv. Vogt teilt mit, dass er aus der Bevölkerung auf die massiven Rodungsarbeiten an der ehemaligen Opel-Rennbahn angesprochen wurde, und fragt nach einer entsprechenden Stellungnahme von Naturschutz- und Denkmalbeirat für den nächsten Planungs-, Bau- und Umweltausschuss. Herr Stadtrat Kraft verweist hierzu auf die regelmäßigen Pflegearbeiten, wird aber diesbezüglich mit Hessenforst Rücksprache halten und danach die Stadtverordnetenversammlung informieren.